



Consulate of the state of Prussia  
in land law from 1794

An den Präsidenten

Dalung, 11.02.2025

der Russischen Föderation

Wladimir Wladimirowitsch Putin

Sehr geehrter Präsident Wladimir Putin,

wir schreiben Ihnen bezüglich der geplanten Jalta-Konferenz, die am 17.02.2025 in Minsk stattfinden soll. Wir möchten darauf hinweisen, dass eine Deutschlandfrage nicht zur Diskussion stehen sollte, da es nie einen Staat Deutschland gab und völkerrechtlich auch nicht geben kann.

Was bei dieser Konferenz zur Diskussion stehen sollte ist, wann der völkerrechtliche Eigentümer des Grund und Bodens von dem sogenannten Deutschland, Polen, Ost-Preussen wieder sein ererbtes Land zurückbekommt. Was soll mit den dort lebenden Menschen passieren? Eine Vertreibung der dort lebenden Menschen, wie damals bei den Preussen, sollte auf jeden Fall ausgeschlossen werden.

Ein weiterer Punkt wäre, wann Russland und Amerika die NGO Germany aus dem Verkehr ziehen, die ein weiteres Mal versucht, als privates Handelsunternehmen, Gebietskörperschaftsrechte vorzutäuschen und Verträge abzuschließen, obwohl das alles nur auf Betrug und Täuschung beruhen würde, wie auch schon der sogenannte 2+4 Vertrag.

Der souveräne Staat Preussen wird seit über 100 Jahren handlungsunfähig gehalten. Erst durch militärische Besatzung und jetzt von NaZis mit der bezahlten Unterstützung Amerikanischer Militärs, obwohl diese schon vor Jahren zurück nach Amerika gehen wollten.

Preussen ist der einzige Weg, für die uns bekannte Welt, das menschenunfreundliche Seerecht/Handelsrecht zu verlassen und wieder zurück in das Staatenrecht zu kommen, um den Weltfrieden zu gewährleisten.

Wir Preussen hoffen deshalb auf die Hilfe unseres Brudervolks Russland, um dieses, Seite an Seite, vielleicht sogar mit der Hilfe Amerikas, umzusetzen.

Auf keinen Fall darf es wieder so weit kommen, dass das zionistische Parteien-System, welches die Völker deutscher Sprache wie Sklaven ausbeutet und ausrottet, wieder die Möglichkeit einer sogenannten Regierungsbildung gegeben wird. Diese Verbrecher egal welcher Partei angehörig, müssen von einem Militärgericht für ihre Verbrechen abgeurteilt werden.

Mit der Hoffnung auf Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung verbleiben wir mit völkerrechtlichem Gruß



Michael Werner

